

Briefaktion des Senats von Westberlin

24. April 1965

Einzelinformation Nr. 383/65 über eine Briefaktion des Westberliner Senats im Zusammenhang mit der widerrechtlichen Bundestagssitzung in Westberlin

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 1047, Bl. 1 (4. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Honecker, Verner – MfS: Schröder (weiter an HA XX), Ablage.

Das Presse- und Informationsamt beim Westberliner Senat hat in den letzten Tagen einer Reihe von Institutionen und Kollektiven in der Hauptstadt der DDR – besonders im Stadtbezirk Pankow – die abgezogene Stellungnahme Brandts ¹ übersandt, die er anlässlich der widerrechtlichen Bundestagssitzung am 7.4.1965 abgegeben hat. ²

Bei den Institutionen und Kollektiven handelt es sich um solche, die gegen die widerrechtliche Bundestagssitzung in Westberlin schriftlich beim Westberliner Senat bzw. direkt an Brandt gerichtet, protestiert hatten. U. a. wurden dabei mehrere Abteilungen des Rates des Stadtbezirkes Pankow angeschrieben.

Der Stellungnahme war ein Begleitschreiben des Mitarbeiters Egon Müller ³ vom Westberliner Presse- und Informationsamt beigelegt. Müller ist leitender Mitarbeiter und u. a. für die Bearbeitung von Presseangelegenheiten aus dem Geschäftsbereich des Senators für Sicherheit und Ordnung sowie für das »Studio am Stacheldraht«⁴ verantwortlich.

1

Willy Brandt, Jg. 1913, 1957–66 Regierender Bürgermeister von Westberlin, 1966–69 Bundesaußenminister, 1969–72 Bundeskanzler, 1964–87 Vorsitzender der SPD.

2

Am 7.4.1965 fand eine reguläre Plenarsitzung des Bundestages in Westberlin statt. Gegen den Tagungsort der Sitzung protestierte die DDR-Regierung mit dem Argument, dass Westberlin kein Teil der Bundesrepublik sei. Sie versuchte, mit der Aktion »Karo« die Sitzung zu stören, indem sie die Transitwege von und nach Westberlin für Abgeordnete und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen blockierte. Über Westberlin führten Militärflugzeuge der Sowjetarmee Tiefflüge durch, bei denen sie mehrfach die Schallmauer durchbrachen und Übungsmunition abfeuerten.

3

Egon Erwin Müller, Jg. 1946, 1963–65 Leiter der Arbeitsgruppe Werbung im Presse- und Informationsamt des Landes Berlin; 1961–65 Leiter der Aktion »Studio am Stacheldraht«; 1959–63 Mitglied bzw. Fraktionsvorsitzender der SPD in der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Schöneberg.

4

Sechs Tage nach dem Mauerbau initiierte der Westberliner Senat das »Studio am Stacheldraht«, das mit zahlreichen Lautsprechern an der Sektorengrenze die Ostberliner Bevölkerung informierte und Appelle an die Grenzposten der DDR richtete.